

Kinderarmut in Deutschland – ein Armutszeugnis?!

18. September 2019, Jever

Am 18. September 2019 lud das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung in das Künstlerforum Jever e.V. in Jever ein. Hintergrund der Veranstaltung „Kinderarmut in Deutschland – ein Armutszeugnis?!“ war, dass etwa 21 Prozent aller Kinder in Deutschland mindestens fünf Jahre lang dauerhaft oder wiederkehrend in Armut leben.

10 Prozent aller Kinder in Deutschland leben zumindest kurzzeitig in Armut. Gemeinsam mit unseren Podiumsgästen haben wir darüber gesprochen, was das konkret für Kinder und Jugendliche bedeutet und was nötig ist, um diese Situation ändern zu können.

Nach einer kurzen Begrüßung durch **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, führte **Siemtje Möller MdB** und Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen



Urban Überschär



Siemtje Möller MdB

Bundestages in das Thema ein. Dabei betonte sie, dass Deutschland ein reiches Land sei und es deshalb unverantwortlich wäre, dass Kinder in Armut leben müssen. Kinder die von Armut betroffen seien, fehle es an so viel mehr als nur die finanziellen Mittel. Durch fehlendes Geld entsteht weniger Teilhabe. Kindern in Armut fehle es auch an Schulmaterialien, zusätzlich können sie oft nicht an Klassenfahrten teilnehmen. Das müsse sich unbedingt ändern, so Möller weiter. Familien müssten bezuschusst werden und Kindern in Armut müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihre Potenziale zu fördern.

Danach hielt **Prof. Dr. Gerhard Bäcker** vom Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen einen Vortrag zum Thema Kinderarmut. Einkommen sei ein wesentlicher Bestandteil für Teilhabe in Deutschland, betonte Bäcker gleich zu Anfang. Armut und Reichtum wird in Deutschland am Durchschnitts-Pro-Kopf-Einkommen berechnet. Wer weniger als 60 Prozent des

Durchschnitts hat, gilt in Deutschland. Kinderarmut sei ein Ausdruck von Elternarmut, sagte er weiter. Ein entscheidender Armutsfaktor sei dabei Arbeitslosigkeit. Zusätzlich leben oft Alleinerziehende in Armut. Im Raum Wilhelmshaven sind z.B. 31,4 Prozent der Kinder Empfänger von Grundleistungen durch Hartz IV, in Friesland lediglich 12 Prozent. Desweiteren merkte er an, dass etwa die Hälfte der Kinder in Niedersachsen bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, 90 Prozent davon sind Mütter. Gesellschaftliche Folgen spielen dabei für die Kinder und Jugendlichen eine große Rolle. Je länger sie in Armut leben, desto dramatischer sind die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben. Zusätzlich gibt es gesundheitliche Beeinträchtigungen und soziale Isolation. Auch die Bildungsbenachteiligung ist sehr groß, den 7 Prozent der Jugendlichen machen keinen Bildungsabschluss. Bäcker betonte weiter, dass großen Handlungs- und Reformbedarf gäbe. Eltern müsse man die Teilhabe am Arbeitsmarkt gewähren und ihre Wiedereinstiegchancen bei Arbeitslosigkeit fördern. Zusätzlich brauche es mehr Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung. Die soziale Infrastruktur für Eltern und Kinder müsse verbessert werden, in dem man z. B. Kindertagesstätte gebührenfrei gestaltet, Ganztagschulen und Sport- und Freizeitangebote fördert. Zusätzlich müsse es spezielle (sozial-pädagogische) Fördermaßnahmen für Kinder geben.



Prof. Dr. Gerhard Bäcker

Im Anschluss an den Vortrag begann die Podiumsdiskussion. Zu Anfang sprach **Beate Rempe**, Leiterin einer Kita der AWO Soziale Dienste Bezirk Hannover, darüber, dass es in ihrer Einrichtung beides gäbe, akut überversorgte Kinder und akut unterversorgte Kinder. Sie betonte, dass Kinder wüssten, dass sie arm seien und erfahren oft schon in sehr jungen Jahren Ausgrenzung. Danach kam die Moderatorin **Birgit Mangels-Voegt** auf die Situation in



v.l.n.r.: Tjarks, Bäcker, Mangels-Voegt, Möller, Rempe

Wilhelmshaven und Jever zu sprechen. Daraufhin antwortete **Doris Tjarks**, Geschäftsführerin des AWO Kreisverbands Wilhelmshaven/Friesland e.V., dass die Situation in Wilhelmshaven sehr schwierig sei und es Stadtteile gäbe, die eher schlecht da stehen würden. Im Gegensatz dazu gäbe es im Landkreis Friesland weniger Probleme. Auf die

Frage, ob Bildung als Armutsflucht nutzen kann und was man dafür mache müsse, antwortete Bäcker, dass man nie früh genug mit Bildung anfangen könne. Die Kette beginne sehr früh und dafür müssen Teilhabe an Grund- und Weiterführenden Schulen gewährleistet sein. Möller, sagte dazu, dass man das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern müsse und auch das

Bildungssystem muss besser werden. Im Weiteren sagte sie, dass gerade im ländlichen früher weniger Vollzeitbetreuung gab, dieses habe sich aber etwas verändert. Der Kindergarten für Ü3 sei jetzt z.B. beitragsfrei in Niedersachsen. Rempe sagte weiter, dass nicht nur die Betreuung ein Problem sei, sondern dass die Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen auch oft Familien haben, die versorgt sein müssen. Der Beruf werde immer noch zu wenig gewürdigt, da müsse es mehr Förderung geben.

Im weiteren Verlauf wurde noch über eine Kindergrundsicherung gesprochen. Dazu sagte Bäcker, dass Grundsicherung nicht reiche, denn das Geld fließe in die Haushalte und wird somit nicht immer nur für die Kinder genutzt. Der Wert einer guten Infrastruktur sei wichtiger, als eine Beitragserhöhung. Tjarks betonte, dass die Infrastruktur für alle Kinder gleich sein müssen und Arbeit für die Eltern müsse gewährleistet sein. Auf die Frage, ob man die Kinder mit einbeziehen sollte, sagte Rempe, dass alle Menschen Demokratie erlernen müssten, auch Kinder. Entscheidungen der Kinder beziehen sich in erster Linie auf ihre Bedürfnisse. Kinder seien soziale Wesen und es gehe in erster Linie um die Frage "Was brauchst du?". Auch Tjarks fand, dass Kinder selbstbestimmt mit leben sollen.